„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich previmal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaubaaten; für alle übrigen Staaten in der Regel nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106, ferner bei allen Stadtspeditionen und den Zeitungsträgerinnen Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „ULK“, die humorist. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, das Sonntagsblatt „Deutsche Leselhalle“ und die „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 27. Berlin, Sonntag, den 15. Januar 1899. XXVIII. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Die agrarische Interpellation über die Fleischnoth und die erste Berathung über die neue Militärvorlage sind im Reichstage ohne große Erregungen erledigt worden. Ganz im Sinne der Interpellanten hat der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, das Vorhandensein einer allgemeinen Fleischnoth abgeleugnet, und der preußische Landwirthschaftsminister glaubte sogar, den Gegnern der Vieh-Grenzsperren Mangel an nationalem Interesse — wenn nicht Schlimmeres — vorwerfen zu dürfen. Das ist nun freilich beweiskräftig lediglich für alle Diejenigen, die gewohnt sind, auf die Worte der Minister zu schwören. Trotzdem läßt sich nicht in Abrede stellen, daß der Konsum des Rind-, Schweine- und Kalbfleisches abgenommen hat, während derjenige des Pferdefleisches zunahm. Es ist ferner unleugbar, daß die Fleischpreise in manchen Gegenden eine Höhe erreicht haben, die den Fleischgenuß für ganze Klassen der arbeitenden Bevölkerung unerschwinglich macht. Und so muß man nach jenen abwehrenden Aeußerungen vom Bundesrathstische dennoch an dem Axiom festhalten, daß es keinen unheilbareren Blinden giebt als den, der nicht sehen will.

Während aber die gouvernementale und agrarische Presse den Ausgang dieser Interpellationsdebatte als einen großen Sieg zu feiern nicht müde wird, hätte sie ein wirkliches Recht darauf, die erste Lesung der neuen Militärvorlage als einen echten Erfolg zu begrüßen. Was die Ziffernnachweise Eugen Richters und die Deklamationen Bebels diesmal nicht erreichten, nämlich in und außer dem Parlamente Eindruck zu machen, das blieb dem Führer der Konservativen in der parlamentarischen Erörterung vorbehalten. Herr v. Levetzow verklausulirte seine Zustimmung zu den abermaligen Militärforderungen mit so viel Bedenken, fand noch so viele innere Widersprüche in der Vorlage, die der Aufklärung bedürften, daß man wohl sagen darf, er habe in der Debatte nach dieser Richtung hin den Vogel abgeschossen. Gegenüber dem Hurrahpatriotismus, mit dem Herr v. Stumm den Gesetzentwurf willkommen hieß, mußte das Levetzowsche Auftreten als ein parlamentarisches Ereigniß betrachtet werden, obwohl natürlich auch die Sprache des konservativen Wortführers keinen Zweifel daran gestattete, daß die Vorlage von dieser Seite keine ernstliche Beanstandung zu gewärtigen habe.

Allgemein war man gespannt, zu sehen, wie sich das Centrum zu der Angelegenheit verhalten werde. Man wußte von vornherein, Freikonservative und Konservative würden nicht Nein sagen. Nirgends erwartete man, daß Nationalliberale und freisinnige Vereinigung in grundsätzlicher Opposition zu verharren gedächten. Dagegen war man von vornherein überzeugt, daß die prinzipielle Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen jede Heeresvermehrung andauern werde, wie man annehmen durfte, daß die freisinnige und die deutsche Volkspartei nur unter gewissen Bedingungen für einzelne Theile der Neuforderung zu haben sein würden, während wieder andere Theile des Gesetzentwurfes unannehmbar für sie blieben. Aber vom Centrum, dessen baierischer Theil sich schon von Anfang an ablehnend verhalten hatte, war über seine Entscheidung, wie bei ihm üblich, vorsorglich ein Schleier gebreitet worden. Nun kam noch dazu, daß nicht Herr Dr. Lieber, sondern der baierische Centrumsmann Freiherr v. Hertling als Vertreter der Partei zu Worte kam. Man durfte also auf seine rednerische Leistung begierig sein.

Und in der That, Freiherr v. Hertling bewies, daß für ihn Windthorst nicht umsonst gelebt und gesprochen hat. Seine Rede erschien wie eine meisterhafte Durchsiebung derjenigen Auslassungen, welche bei ähnlichen Gelegenheiten in früheren Jahren die „Perle von Meppen“ zum Besten gegeben. Der Centrumsredner versprach — wie immer — eine rein sachliche Prüfung der Vorlage durch seine Partei. Aber während er die Ueberraschung seiner Gesinnungsgenossen nicht verbarg, sich schon so schnell wieder einer neuen Militärforderung gegenüber zu sehen, gestand er doch zu, daß ein mehrfach „abgestuftes“ Wohlwollen in Bezug auf die Vorlage seine politischen Freunde beseele. Ein abgestuftes — aber doch immerhin ein Wohlwollen, das die Ultramontanen sicherlich in der Kommission auch dann nicht verlassen wird, wenn es dem verbündeten Königreiche Italien, wie vorauszusehen, in der Zwischenzeit nicht einfallen sollte, die „Römische Frage“ im Sinne unserer Centrumspolitiker zur Lösung zu bringen. Nicht mehr und nicht weniger hatte nämlich Freiherr v. Hertling in aller Eile, vermittelst einer rednerischen Parenthese, zu fordern für gut befunden.

Selbstverständlich durchzog alle diese Debatten über militärische Reformationen und Organisationen der Friedenskonferenzvorschlag des Zaren wie ein rother Faden. Der Kriegsminister sah sich dadurch des landläufigen Argumentes beraubt, die bekannten schwarzen Punkte am politischen Horizonte als zuverlässige Alliirte ins Treffen zu führen. Immerhin aber muß man gestehen, daß Herr v. Goßler, der noch im Vorjahre dem Reichstage gegenüber oratorisch manches zu wünschen übrig ließ, diesmal weit glücklicher operirte, und er darf sich schon heute, angesichts der bevorstehenden Kommissionsverhandlungen, sagen, daß er, wenn auch vielleicht nicht alles, so doch sehr vieles und namentlich das, worauf es ankommt, bewilligt erhalten wird. Ebensowenig aber darf sich der Steuerzahler verhehlen, daß mit dieser Vorlage der Militarismus bei weitem nicht seinen Hunger gestillt haben dürfte. Nach den fünf Jahren, in denen die Renorganisationen durchgeführt sein sollen, kommen sicherlich neue Wünsche, deren dunkele Umrisse zum Theil schon jetzt schattenhaft sichtbar werden.

Wenn man in unseren inneren Verhältnissen alles so klar vorherzusehen vermöchte, könnten wir ruhiger schlafen. Allein so unleidlich auch gewisse Partien der preußisch-deutschen Politik die davon betroffenen Steuerzahler bedünken mögen, so haben wir doch ein Recht, ohne pharisäischen Gesinnung zu huldigen, unsere Zustände gegenüber denen in der französischen Republik golden zu finden. Dort hatte erst der Parlamentarismus, dann der Generalstab abgewirthschaftet, und jetzt will man sogar die letzte staatliche Säule, die Justiz, in das allgemeine Kataklysma mithineinreißen. Und seltsamerweise gilt auch hier das französische Sprichwort: „On n'est jamais trahi que par les siens.“ Denn ein hervorragendes Mitglied des obersten Gerichtshofes ist es, der Präsident einer Kammer des Kassationshofes, Herr Quesnay de Beaurepaire, der es sich angelegen sein läßt, das Ansehen der Justizbehörden gefliflentlich zu demoliren. Freilich that er es mit so unzureichenden Mitteln, daß der Stein, den er gegen die ihm unbequem gewordenen Kollegen schleuderte, auf ihn selbst zurückfallen mußte.

Herr Quesnay de Beaurepaire, der einst den General Boulanger vor dem Staatsgerichtshofe als Generalstaatsanwalt vernichten half, der dem Anarchismus in der Gestalt des famosen Ravachol muthvoll sich entgegenstellte, Herr Quesnay de Beaurepaire ging plötzlich in das Lager der ihn einst so heftig befehdenden Boulange über und versuchte in einer lächerlichen Parodie des Zolaschen „J'accuse“, die Anklagekammer des Kassationsgerichts, die die Revisionsuntersuchung im Dreyfus-Prozesse führt, durch ebenso lächerliche wie verächtliche Beschuldigungen in Mißkredit zu bringen. Ueberall anderswo hätte ihm unauslöschliches Gelächter geantwortet. In der französischen Republik fand sich jedoch eine Minorität von 125 Deputirten, die es für ihre Pflicht hielten, die Grogk-Elukubrationen dieses Pferdewächters der Dame Justitia ernst zu nehmen. Und dieses Symptom des Niederganges ist das einzig Bedenkliche in der Angelegenheit.

Freilich sieht man sich zur Zeit in Frankreich auch in anderer Beziehung von dem Niedergang des Reiches grausam bedroht. Die Engländer, die an der Kraftprobe von Faschoda gesehen, daß die Republik zur Zeit außer Stande sei, ernsten Widerstand zu leisten, die Engländer suchen das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist. Und so warfen sie Zwischenfälle in Madagaskar auf, die eine neue Demüthigung der Franzosen zur Folge haben müssen, besonders, da sich die vielgerühmte russische Allianz, sobald es Ernst wird, für Frankreich als unpraktikabel erweist. Und in China mußte die Republik nicht minder vor den Briten den Rückzug antreten. Und so bleibt der Regierung des Herrn Felix Faure, da nun einmal die maritimen Rüstungen Frankreichs sträflich vernachlässigt erscheinen, nichts anderes übrig, als auch vor diesen neuen englischen Bedrängungen zurückzuweichen, indem sie eine Ohnmacht dokumentirt, die um so brennender in Paris empfunden wird, als man sich noch immer nicht entschließen kann, ehrliche Selbsteinkehr zu halten und die Schuldigen am unleugbaren Verfall da zu suchen, wo sie in Wahrheit zu finden sind.

Der englisch-französische Konflikt.

Russische Auffassung.

(Von unserem Korrespondenten.)

Petersburg, 12. Januar.

Schwerlich wird heute ein nüchtern abwägender Politiker behaupten wollen, daß die Auspizien für die Abrüstungskonferenz, falls man dieselbe nicht ausschließlich als eine theoretische, des praktischen Bodens von vornherein entbehrende Gelegenheit diplomatischer Zungendrescherei im Talleyrandschen Sinne beurtheilen will, am Anfang des neuen Jahres bessere seien als zur Zeit der Veröffentlichung des zarischen Rundschreibens. Abgesehen von der Beendigung des spanisch-amerikanischen Krieges, ist innerhalb der letzten Monate keinerlei Zündstoff beseitigt worden, im Gegentheil, der den Yankees zu Kopf gestiegene, bekanntlich jederzeit und überall ganz besonders schwer verdauliche, oft verderbliche Siegeswein und die durch die Erfolge des transatlantischen Vettern, wie durch den Sieg der eigenen Waffen im Sudan zu ganz außergewöhnlichen Dimensionen gediehene Unverfrorenheit und Speiselust Old-Englands rufen schon heute einige Besorgniß bei den Freunden des europäischen Friedens hervor.

Bittere Erfahrungen sind es, die Frankreich, der russische Bundesgenosse, machen muß. Bündnisse, die jeglicher historischer Begründung entbehren, sind nicht geeignet, den Kräfteverfall eines fieberhaft an sich selbst zehrenden und auf der Bahn einer falschen Politik dahintaumelnden Staates hintanzuhalten. Frankreich muß sich nach anderen Stützen umsehen, wenn es seine koloniale Macht ausdehnen und mehren will. Die große diplomatische Niederlage, die Frankreich jetzt in Peking erlitten, hat ihm Rußland trotz seines mächtigen Einflusses nicht ersparen können — oder wollen, und es steht somit zu erwarten, daß John Bulls Unternehmungs- und Kampflust mit jedem seinem Gegner applizirten wohlgezielten Boxerstoß, zumal er merkt, daß sie alle „sitzen“, in erfreulicher geometrischer Progression sich steigern wird.

Das brutale Vorgehen Englands gegen die Republik macht begreiflicherweise in den hiesigen leitenden Kreisen einen unangenehmen Eindruck. Trotz der Friedensmeetings des Herrn Stead glaubt man nicht an Englands Friedensliebe. Man hebt hervor, daß je und je mit Englands Erfolgen in der internationalen Politik seine Begehrlichkeit und sein herausfordernder Hochmuth gleichen Schritt gehalten haben. Auch die Antwort der englischen Regierung auf die Aufforderung des Zaren besagt nach hiesiger Anschauung wenig Positives, und wenn darin versichert wird, daß „nur wenigen Völkern, wenn überhaupt einem, mehr an der Erhaltung des Friedens gelegen sei als dem englischen“ ..., so straft dies, wie mir gegenüber ein russischer Staatsmann mit Bitterkeit hervorhob, „die ganze von England in den letzten Monaten befolgte Politik Lügen. England ist wieder auf dem Wege, die allgemein friedliche Tendenz der europäischen Regierungen ins Wanken zu bringen, es hat sich den amerikanischen Beistand gesichert und setzt jetzt wacker seine Ellenbogen in Bewegung.“

Es wird hier versichert und ist auch sehr glaublich, daß dieses Vorgehen Großbritanniens den Zaren mit Besorgniß und Betrübniß erfülle, was sich bei Kaiser Nikolaus in diesem Winter nicht völlig befriedigendem Gesundheitszustand in seiner Stimmung fühlbar mache. Der Zar ist unzweifelhaft eine Persönlichkeit von hohem idealen Schwung, dabei aber von ungemein zartem, feinfühligen, vielleicht sogar etwas femininem Charakter. Seine Friedensliebe ist über jeden Zweifel erhaben und wurzelt tief in seinen Ueberzeugungen. Es ist bekannt, daß er öfters geäußert hat, er werde einen Krieg als das größte Unglück betrachten, welches Rußland widerfahren könne — selbst einen siegreichen Krieg. Trotz dieser Friedensliebe steht es aber fest, daß Zar Nikolaus einen englischen Ueberfall auf Frankreich niemals dulden wird und in einem solchen Falle, wenn auch widerstrebend, den Degen zu Frankreichs Gunsten ziehen würde. Ueber diese Gesinnung des Zaren wird das Kabinet von St. James jedenfalls unterrichtet sein, und daher ist zu hoffen, daß Lord Salisbury den Bogen nicht zu straff spannen wird. Das bedrängte, sich im tiefsten Inneren aber schwach fühlende Frankreich wird auf eigene Gefahr kaum zu den Waffen greifen, denn es dürfte kaum mit Sicherheit in einem, wenn auch gerechten Kriege — sobald es der angreifende Theil ist — auf den bewaffneten Beistand Rußlands unter seinem jetzigen Herrscher rechnen können. Für die Friedenskonferenz des Zaren aber bilden die englisch-französischen Differenzen und die in ihrem Gefolge unsouveränen und der Verbitterung höchst unerwünschte Konjunkturen.

*

So weit unser Petersburger Korrespondent. Auch in **Oesterreich-Ungarn** verfolgt man die Entwickelung des englisch-französischen Konfliktes mit Aufmerksamkeit, wenn auch zum Theil unter einem anderen Gesichtswinkel. Unser Wiener †-Korrespondent berichtet uns über die

Oesterreichische Auffassung.

† **Wien**, 14. Januar.

Mit größtem Interesse verfolgt man in den hiesigen politischen Kreisen die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zwischen England und Frankreich, wie sie sich namentlich in sehr getrener und wenig erfreulicher Weise in dem Blaubuch über Madagaskar ausdrückt. Daß die überall zu Tage tretenden unfreundlichen Gesinnungen zu einem Kriege führen könnten, wird hier zwar nicht besorgt, doch ist man der Ansicht, daß sich aus dem bedauerlichen Verhältnisse ganz andere Gefahren ergeben werden. England werde es auch in der Folge nicht an einem sehr entschiedenen Auftreten fehlen lassen, Frankreich aber werde trotz des herausfordernden Charakters seiner ganzen Politik von Punkt zu Punkt zurückweichen und eine empfindliche diplomatische Schlappe nach der anderen erleiden in dem Bewußtsein, daß es in einem Kriege zur See England nicht gewachsen wäre und ganz allein stände. Die Unmöglichkeit, sich in kriegerische Konflikte mit England einzulassen, werde in der Republik noch wesentlich erhöht durch die innere Lage. Täglich sehe man immer mehr, wie weit die Korruption und Zerrüttung in Frankreich gehe. Bei den fortgesetzten Demüthigungen aber, welche Frankreich im Verlaufe seiner Streitigkeiten mit England nicht erspart bleiben dürften, sei zu befürchten, daß die Republik ganz in bonapartistisches Fahrwasser gerathen und die willkommene Beute eines Prätendenten werde. Da liege die Gefahr, mit der man zu rechnen habe. Daß die Engländer in der Folge noch viel ungemüthlicher werden dürften, könne man schon aus dem Grunde annehmen, weil ihnen bei einem Kriege zur See mit Frankreich, dem sie stark überlegen sind, großer Gewinn winkt. Eine Kriegsgefahr sei indessen erst zu besorgen, wenn Frankreich wieder zur Monarchie geworden. Jede Monarchie in Frankreich müßte ein auswärtiges Abenteuer unternehmen, um ihr Regime im Inneren fester zu begründen. Es scheint, daß diese Auffassung der Lage auch von anderen Mächten getheilt wird.

Hierzu Ziehungs-Liste Nr. 2, sowie für die Berliner Abonnenten Deutsche Lesehalle Nr. 3.